

Maffauer Bote

Mit illustriertem Sonntagsblatt und landwirtschaftlicher Beilage.

Verantwortlich für den allgemeinen Teil: Redakteur Dr. Albert Sieber, Eimburg. — Druck und Verlag der Eimburger Vereinsdruckerei, G. m. b. H.

Bezugspreis:

Wortführer 1,50 Mk., durch die Post zugeführt 1,92 Mk., bei der Post abgeholt 1,50 Mk.

Gratis-Beilagen:

1. Wochens. Sonntagsblatt „Sterne und Blumen“.
2. „Maffauer Landbote“.
3. Sommer- und Winterfahrplan.
4. Wandkalender m. Märchenvergnügen v. Maffau.

Erscheint täglich

aufser an Sonn- und Feiertagen.

Anzeigenpreis:

Die niedrigste Preisveranschlagung oder deren Name 15 Pfg. Anzeigenstellen kosten 40 Pfg.

Anzeigen-Akademie:

Nur bis 9 Uhr vormittags des Erscheinungstages bei der Expedition, in den auswärtigen Agenturen bis zum Vorabend. — Rabatt wird nur bei Wiederholungen gewährt.

Expedition: Diezerstraße 17.

Telefon-Nachschuß Nr. 8.

Erstes Blatt.

Neues vom Tage.

Der Reichstag hat gestern Nachmittag seine Sitzungen wieder aufgenommen.

Reichskanzler von Bethmann-Hollweg nahm gestern im Abgeordnetenhaus zur Etatsberatung das Wort.

Im Abgeordnetenhaus wurde gestern das bisherige Präsidium, Dr. Graf von Schwerin-Löwisch als Präsident, Dr. Borch als 1. Vizepräsident und Dr. von Kraske als 2. Vizepräsident, durch Zuzug wiedergewählt.

Oberräte der Reichs-Rat wurde als Mitglied des Herrenhauses berufen.

Bei Hochm flog ein Pulverschuppen in die Luft, wobei drei Zuhörer ihr Leben einbühten.

Zwischen dem nach Südfrankreich reisenden englischen Ministerpräsidenten Asquith und dem französischen Staatsminister Doumergue findet heute abend im Eisenbahnzug eine Unterredung über Marinefragen statt.

Die Gesamtkosten für die Verbesserung der Bewaffnung des französischen Heeres werden vom Kriegsminister auf 1400 Millionen Frank berechnet.

Infolge des südafrikanischen Eisenbahnstreiks ist der Eisenbahnverkehr in Pretoria und Johannesburg fast ganz unterbrochen.

Bei Mogata (Marokko) kam es erneut zu Kämpfen zwischen Spaniern und Arabern.

Deutsches Wirtschaftsleben 1913.

Ein eigenartiger Kreislauf liegt durch das Wirtschaftsleben zu geben. In gewissen Zeiten wiederholten sich Aufschwung und Niedergang. Das Jahr 1912 hatte für Deutschland eine Hochkonjunktur gebracht. Man konnte erwarten, daß dem Jahre 1913 eine noch höhere Welle des Wirtschaftens beschieden sein würde. Da fiel ein rauher Reis auf diese Hoffnung: Der Vorkriegsboom aus, und mit ihm brach die Gefahr eines großen europäischen Krieges aus. Das war für das Wirtschaftsleben äußerst bedenklich. Denn jetzt kam der Handel immer nur soviel an, als er für kurze Zeit brauchte. Bestellungen auf Vorrat wagte man nicht, da ein kriegerischer Konflikt unter den Großmächten allgemein als im Bereich der Möglichkeit liegend angesehen wurde. Und die Erzeuger von Fertigwaren machten es ähnlich.

Dazu kam sofort eine Verknapung des Geldmarktes. Das denunczierte Publikum zog erhebliche Mengen von Kapital aus dem Anlagemarkt zurück und konzentrierte dieselben. Die Geld-Zentralinstitute der einzelnen Länder betrieben finanzielle Anordnungen, luden ihre Goldbestände anzuheben, um sich gegen einen plötzlichen Ansturm des Auslandes bei eventuellem Kriegsausbruch zu sichern. So trat eine Kollierung der Geldmärkte der wichtigsten Staaten ein. Und dabei stand die Industrie- und Handelswelt mitten drin in der Hochkonjunktur und brauchte infolgedessen viel Kredit. Die Staaten machten ebenfalls erhebliche Ansprüche an den Geldmarkt. Da konnte es nicht ausbleiben, daß der Kollierung eine außergewöhnliche Höhe erreichte. Das teure Geld wurde ein Hemmnis des Spekulations- und Gründungswekens und des verfallenen wirtschaftlichen Aufschwungs. Das war jedoch nicht bloß in Deutschland, sondern in allen Ländern der Welt. Deutschland hatte am Schluß des Jahres sogar eine bessere Lage des Geldmarktes aufzuweisen wie Frankreich und England. Im Oktober ging die Reichsbank mit dem Kollierung herab und im Dezember erfolgte eine neue Ermäßigung, während die Bank von Frankreich keine Herabsetzung eintreten lassen konnte und die Bank von London den Kollierung im Oktober sogar erhöhen mußte. Die nächste Folge der Unsicherheit der politischen Lage und der Kreditverknapung war der Rückgang der Neubefestigungen von Kapital. In den ersten acht Monaten betrugen die Neubefestigungen von Kapitalen in Handels- und Industrieunternehmen nur 708 Millionen gegen 997 Millionen im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Im Herbst allerdings brach das Geldbedürfnis für Gründungen u. Geschäftserweiterungen erheblich stärker durch als in der gleichen Zeit 1912.

Die Gütererzeugung ist 1913 bis in die allerletzten Monate noch immer gestiegen. Die Rohstoffenerzeugung hat 1913 das Hochkonjunkturjahr von 1912 noch stark überholt: 17,6 Millionen gegen 16,3 Millionen Tonnen in den ersten elf Monaten. Selbst wenn der Dezember eine geringere Rohstoffenerzeugung bringt als der gleiche Monat von 1912 wird die Rohstoffproduktion von 1913 immer noch die enorme Differenz von 19 Millionen Tonnen aufweisen. Die Kohlenenerzeugung in sämtlichen Arten ist von 264 auf 285 Millionen Tonnen gestiegen (von Januar bis November), wird also in diesem Jahre zum erstenmal die Differenz von 20 Millionen Tonnen überschreiten. Die Preispolitik des Kohlenhandels im ersten Halbjahr war allerdings für die Geschäftswelt nicht günstig, da im April sogar eine Erhöhung der Preise vorgenommen wurde. Die elektrische Großindustrie hat bis in die letzten Monate glänzend abgemittelt. Die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft hat beispielsweise in der kurzen Zeit von Juli bis Oktober ihren Abzug noch um fast 30 Mill. Mark gegen die gleiche Zeit des Hochkonjunkturjahres 1912 erhöht. Auch die chemische Industrie hat erhebliche Fortschritte gegen 1912 aufzuweisen. Die Apatitwarendindustrie hat dagegen weniger auf abgemittelt. Bei ihr kann man im allgemeinen sagen, daß ein Rückgang einsetzte, der in den letzten Monaten zum Ausdruck kam. Das gilt bei der Kleinfaserindustrie, bei der Maschinenindustrie, bei der Textilindustrie. Einzelne Zweige dieser großen Gruppen haben freilich auch noch eine Steigerung erfahren. Am schärfsten war die Lage im Bau-

gewerbe der Großstädte, worunter natürlich die Hilfsindustrie leiden mußten. Die Baukrise liegt aber in der Hauptsache in den Kreditverhältnissen begründet, nicht so sehr in der allgemeinen Konjunkturlage. Denn sonst hätte es nicht geschehen können, daß bei dem scharfen Niedergange des Baugewerbes in den Großstädten die Bautätigkeit auf dem Lande und in vielen kleinen Städten sich gut entwickelte.

Eigenartig ist die Gestaltung des Außenhandels gewesen. Trotz der Kriegswirren, trotz der langen Spannung in internationaler Hinsicht, trotz der weniger günstigen Lage einer ganzen Reihe von Auslandsstaaten hat der deutsche Außenhandel einen großen Schritt vorwärts gemacht in der Ausfuhr deutscher Waren. Die Einfuhr ist nicht gewachsen. Die Ausfuhr ist dagegen in den ersten elf Monaten um 1100 Millionen Mark gestiegen, wovon 250 Millionen auf landwirtschaftliche und 850 Millionen auf industrielle Erzeugnisse trofen. Die große Ernte Deutschlands, die wohl noch nie so groß gewesen ist wie 1913, dürfte vielleicht verhalten, daß 1914 der Konjunkturrückgang ein freies Gepräge annimmt.

Auffallend war gegenüber der Tatsache, daß die Gütererzeugung in ihrer Allgemeinheit 1913 noch gestiegen ist, die starke Zahl der Arbeitslosen. Sie war in allen Monaten größer als 1912 und bewegte sich um 2½ bis 3 Prozent. Der Grund dafür liegt einmal darin, daß die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe sehr groß war, ein Übergang dieser Berufsgruppen zu anderen Industrien aber schwer möglich ist, sodann in der starken Heranziehung von ausländischen Arbeitkräften in den letzten Jahren — die ausländischen Arbeiter in Deutschland werden für 1913 auf 1¼ Millionen geschätzt — und endlich in dem härteren Andrange der Frauen und Jugendlichen in der Industrie. Frauen- und Jugendlichen-Arbeit wird von der Industrie in Zeiten sinkender Preise eben mehr bevorzugt als die teurere Männerarbeit. Nach den Berichten der Gewerkschaftsverbände für 1913 waren unter der Gesamtzahl von 7 271 725 in gewerblichen Betrieben mit mehr als 10 Personen überhaupt beschäftigten Arbeiter 1912 5 339 975, (1911 5 099 154) männliche erwachsene Arbeiter: 1 379 546 (1 317 082) Arbeiterinnen über 16 Jahre und 3 960 291 (3 054 417) junge Leute zwischen 14 und 16 Jahren und 13 913 (13 004) Kinder unter 14 Jahren. Die Zahl der Arbeiterinnen über 16 Jahre stieg im Jahre 1912 um 61 864, dagegen im Jahre 1911 nur um 58 124; auch die Zahl der jungen Mädchen zwischen 14 und 16 Jahren stieg von 1911 auf 1912 um 7429 gegen 5210 im Vorjahre.

Denn also im Konjunkturbild des Jahres 1913 auch tiefe Schatten nicht fehlen, so geht es doch nicht an, von einer Krise zu sprechen. Eine Krise tritt nicht das Wirtschaftsleben in ganz anderer Weise durcheinander wie der teilweise Konjunkturrückgang 1913. Übertriebene Schöpfungsberei in dieser Hinsicht kann der Arbeiterfrage, dem Mittelstand und den kleineren Industriebetrieben nur schaden. Denn es treten dann nur zu leicht Vorkommnisse und Konjunkturbefürchtungen ein. Was ist hat das Wirtschaftsleben eine erfreuliche Befähigung gezeigt. Mögen die Hoffnungen, die man auf die gute Ernte gestellt hat, sich im neuen Jahre bewahrheiten.

Deutschland.

* Personalveränderung im Reichsland? Von einer Seite, die in der Regel gut unterrichtet ist, will die „Wiesbadener Zeitung“ folgendes abhört haben: Der Rücktritt des Statthalters Grafen Wedel steht in den nächsten Tagen zu erwarten. Für seinen Nachfolger ist der kommandierende General des vierzehnten Armeekorps General Frhr. v. Södingen, genannt v. Södingen, designiert. General v. Södingen soll das Kommando des elftäglichen Armeekorps mit dem des badiischen verwalten und das Straßburger Korpskommando soll der letzte Divisionskommandeur in Trier, Herr von Lindenau erhalten. — Trifft diese Meldung zu, so ist von besonderem Interesse der Umstand, daß an die Spitze der reichslandischen Verwaltung ein aktiver Militär gestellt wird. Die Tendenz dieser Wahl ist offenbar, die jetzt zu Tage tretenden Unstimmigkeiten zwischen Zivil- und Militärverwaltung in Zukunft beseitigen zu lassen. Eine gewisse Garantie scheint aber auch in der Wahl des Generals v. Lindenau dafür gegeben zu sein, daß zukünftige Reibungen zwischen den beiden Organen der Staatsgewalt vermieden werden. Denn Herr v. Lindenau ist nicht nur einer unserer tüchtigsten Generale, der bereits legitim als möglicher Kriegsminister genannt wurde, sondern auch ein Mann von Sozialität und weitem Blick.

Zum Kreispruch des Obersten v. Reuter.

* Straßburg, 12. Jan. In der Straßburger Post ergreift heute der Straßburger Staatsrechtslehrer Prof. Reuter, der — das sei nebenbei gesagt, um jeder politischen Diskreditierung vorzubeugen — Vorsitzender der elsässischen Ritterschaft ist, zu dem Urteil des Straßburger Kriegsgerichts im Falle Reuter das Wort. Er schreibt:

Die Verhältnisse dürfen nicht zur genauen Berechnung und über Nacht festgehalten werden. Da deckt den Obersten ein verhältnismäßig großer Zeitraum nach der Unterredung mit dem Regierungsmannschaft Großmann nicht mehr. Vorher war das Vorgehen nur objektiv rechtmäßig. Durch Gesetz vom 23. Januar 1872 wurde in Elsass-Lothringen Artikel 61 der Reichsverfassung, damit aber nach dem Wortlaut des Artikels 61 nicht das preussische Militärrecht mit allen militärischen Anordnungen hierzu eingeführt, sondern nur die Verpflichtung der Regierung von Elsass-Lothringen, also des Kaisers, begründet, diese preussischen Gesetze und Anordnungen seinerseits, das heißt durch elsässisch-lothringischen Staatsrat, in Elsass-Lothringen einzuführen. Durch Reichsverwaltungsgebot vom 28.

März 1872 ist es auch z. B. für den Waffengebrauch des Ministers in Friedenszeiten gegeben. In unserm Falle handelt es sich aber nicht um Waffengebrauch des Militärs, sondern um sein Einschreiten (d. h. sein autoritatives Auftreten und Einwirken) zu politischen Zwecken ohne Requisition. Nach der Kabinettsorder vom 17. Oktober 1820, die der Öffentlichkeit unbekannt war, kann der Garnisonälteste bei einem die öffentliche Ruhe bedrohenden Austritt, wenn nach seiner Meinung die Zivilbehörde mit der Requisition zu lange zögert, die Polizeigewalt übernehmen. Allein diese Order — sie ist eine Verordnung und kein Gesetz, weil sie nicht in den Gesetzesammlungen verordnet ist — gilt weder in Preußen noch in Elsass-Lothringen. In Preußen nicht gemäß Artikel 109 der preussischen Verfassung, weil sie Artikel 36 der Verfassung zuwiderläuft; in Elsass-Lothringen nicht, weil hier weder Artikel 36 der preussischen Verfassung noch die Order von 1820 eingeführt wurde. Sie ließ sich nicht einführen, weil sie in Preußen selbst nicht gilt; Artikel 36 wurde nicht eingeführt. Es gilt die französische Verfassung vom 4. November 1848, die die Einwirkung des Militärs ohne Erlaß nicht kennt. Allein dem Obersten kann die Kenntnis dieser Rechtslage nicht zugemutet werden, weil die Order von 1820 noch in dem Rundruf der Dienstvorschriften für die preussische Armee von 1899 steht. Also subjektive Freiheit von Strafe. Anders liegt die Sache bei dem längeren Festhalten, um durch eigene Vernehmung Beweismittel für die Beurteilung sicherzustellen und um neuen Aufträgen vorzugeben. Hier hat das Gericht Handeln in guter Absicht und in gutem Glauben verteidigt. Bei dem klaren Wortlaut der Kabinettsorder läßt sich nicht mehr von fahrlässiger Ueberschreitung der Amtsbefugnisse reden; die Kabinettsorder erlaubt und verpflichtet den Befehlshaber, den Befehl zu übernehmen, bis die durch den Austritt gestörte Ruhe wiederhergestellt ist. Das Recht, die Polizei zu behalten, um neuen Aufträgen vorzugeben und die Bestrafung sicherzustellen, verleiht die Order nicht. Soweit hat der Oberst in guter Absicht, aber vorläufig, eine fremde Amtsbefugnis behalten und widerrechtlich die Freiheit entzogen. Das Verhalten eignet sich zur Verurteilung, aber nicht zur Freiheitsstrafe. Da die Frage so große politische Bedeutung hat, wird wohl angenommen sein, daß der Gerichtsherr Verurteilung einlegt.

* Karlsruhe, 11. Jan. Die der Rdn. Rg. berichtet wird, daß der in Oberst im Badischen auf Gast weisende Oberst v. Reuter mehr als 15 000 Telegramme, Briefe und Postkarten erhalten, die ihn beglückwünschten und ihm die Schmach der Wenden ausbreiten.

* Der Reichstag wird am nächsten Montag die 1. Etatslesung mit der Behandlung des Etats des Innern beginnen. Am Mittwoch befragt der Senatskommission die Geschäftsfrage und wird die Arbeitsdispositionen des Hauses bis Ostern festsetzen.

* Aufwandsentschädigungen. Der Reichskanzler hat nach Berliner Blättern den Bundesregierungen mitgeteilt, daß die Aufwandsentschädigungen an Familien für im Reichswehr oder in der Marine eingetragene Soldaten erst im April 1914 für die Zeit vom 1. Oktober 1913 bis Ende März 1914 gezahlt werden.

* Reife, 13. Jan. Dem Zentrumsgesandten Eitzinger (Sohn Reife), der am 10. Januar sein vierzigjähriges Jubiläum als Reichstagsabgeordneter für Reife feierte, spendete Admiral von Tirpitz folgendes Telegramm:

Dem langjährigen hochverdienten Referenten der Rechnungskommission für den Marine-Etat sendet zum heutigen Ehrentage, herzlichste Glückwünsche.

v. Tirpitz, Staatssekretär des Reichsmarineamtes.

* Disziplinärverfahren gegen den Kreisdirektor von Zabern. Gegen den Kreisdirektor von Zabern ist auf seinen Antrag ein Disziplinärverfahren von der Reichsbehörde eingeleitet worden. Nach der Durchführung dieses Verfahrens wird es sich entscheiden, ob tatsächlich durch das Kreisgerichtsamt eine Staatsfahrlässigkeit u. Ministerfahrlässigkeit herbeigeführt worden ist. — Der Gemeinderat von Zabern hat dem Kreisdirektor ein Vertrauensvotum.

Kleine Nachrichten.

* Erweiterung des Stadtkreises Danzig. Dem Abgeordnetenhaus ist ein Gesetzentwurf zugegangen, nach dem verschiedene Randgemeinden mit der Stadt Danzig und dem Stadtkreis Danzig vereinigt werden sollen.

Frankreich.

Ein neuer Vorschlag.

Kaum ist in Frankreich das Gesetz über die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit angenommen und noch nicht vollständig eingebracht, so ist auch schon von anderen Änderungen des Militärsystems die Rede. Der republikanische Abgeordnete Armez hat der Kammer bereits eine Vorlage ausgearbeitet, deren beide erste Artikel lauten:

Artikel 1. Jeder französische Bürger von wenigstens 18 und höchstens 25 Jahren, der alle moralischen und physischen Vorbedingungen für den Dienst mit der Waffe erfüllt und sich vor dem gesetzlichen Termin seiner Einstellung oder während seines obligatorischen Dienstes zu ununterbrochenem fünfjährigem Dienst im aktiven Heere verpflichtet, erhält 1. während der ganzen Dauer seines freiwilligen Dienstes 50 Centimes Tagesgeld, 2. sofort nach seiner Befreiung vom aktiven Dienst eine unantastbare, unpfändbare Geldsumme in Höhe von 2500 Franken zahlbar im Hauptort des Kreises, wo er vor seiner Einstellung ins Heer wohnhaft war, 3. eine Denkmünze zur Erinnerung an seine freiwillige Dienstzeit, auf die sein Name

und das Datum seiner Einstellung eingraviert werden.

Artikel 2. Der Kriegsminister muß, falls die Umstände es erlauben, alle Leute, die ihr drittes obligatorisches Dienstjahr verrichten, in einen gleichsam Urlaub schicken, dessen Dauer nach der Zahl der Leute bemessen wird, die zur selben Zeit ein 3., 4. oder 5. Jahr aktiven Dienstes verrichten, jedoch die vom Gesetz des 7. August vorgesehene Mindesteffektivstärke nie auf nur um einen einzigen Mann verringert wird.

Der nationalistische, aber als hervorragender Militärschriftsteller auch in republikanischen Kreisen geschätzte General Maillot nimmt sich dieses Gelegenheitswortes sehr eifrig an, indem er im „Echo de Paris“ folgendes ausführt: Die Folge der beiden ersten Artikel wäre eine beträchtliche Verstärkung des Heeres und zugleich eine Verminderung der dem Lande aufgebürdeten Kosten.

3200 Millionen Franken für Heerzwecke.

* Paris, 13. Jan. Der Kriegsminister hat die Prüfung der Ausgaben beendet, die sich durch die dreijährige Dienstzeit und die Verbesserung der Bewaffnung ergab. Die nicht wiederkehrenden Ausgaben für das Dreijahresgesetz betragen 650 Millionen, die auf drei Jahre verteilt werden und hauptsächlich für den Bau von Kasernen bestimmt sind. Die Verbesserung in der Bewaffnung wird 1400 Millionen kosten, von welchen 220 Millionen nicht dringend sind, da ihre Verwendung vor dem Jahre 1919 nicht vorzulehen ist. Das übrige Programm von 1200 Millionen Franken soll in 7 Jahren durchgeführt werden. 400 Millionen hiervon sollen im Wege des normalen Budgets, die übrigen 800 Millionen durch besondere Hilfsquellen aufgebracht werden.

* Paris, 13. Jan. Der Abg. Abbé Lemire beharrt, wie man aus einer öffentlichen Erklärung vor seinen Wählern erfahren kann, im Ungehorsam gegen den ihm vorgelesenen Bischof und erhebt Einspruch gegen die ihm angedrohte Exkommunikation.

Balkanstaaten.

Esad Pascha.

Balona, 12. Jan. Bosnien Gendarmerieabteilungen der vorläufigen Regierung und bei Elbasan zusammengezogenen Anhängern Esad Paschas, die Elbasan bedrohten, kam es nach den Schirmhelfern der letzten Tage heute zu einem ersten Kampf bei Gonolesh, unweit Elbasan. Die Aufständischen wurden geschlagen und zurückgeworfen. Von Elbasan ist jede Gefahr abwendbar.

Reichstags-Verhandlungen.

CPC. Berlin, 13. Januar.

(189. Sitzung.)

Der Präsident begrüßt das Haus und teilt die Mandatsniederlegung des Abg. Graf Mielewsky mit.

Petitionen.

Die Petition betr. Branntweinsteuern — Rückvergütung an Kleinstfabrikanten wird nach kurzer Debatte gegen die Stimmen der Rechten gemäß dem Beschluß der Kommission zur Ergründung überwiesen.

Die Petition betr. Genährung des aktiven und passiven Wahlrechtes zum Reichstag für Frauen beantragt die Kommission zur Kenntnisnahme zu überweisen.

Ein Antrag Albrecht (Soz.) will die Petition zur Berücksichtigung überweisen.

Abg. Cohn (Soz.) begründet den Antrag mit dem Hinweis auf den Andrang der Frauen zur gewerkschaftlichen Arbeit.

Abg. Dr. Bell (Ztr.): Wir sind stets für berechtigten Forderungen der Frauen eingetreten, aber wir sind nicht in der Lage, der sozialdemokratischen Petition zustimmen zu können. Wir begrüßen es freundlich, daß die deutschen Frauen ein so großes Interesse an den öffentlichen Vorgängen nehmen. Dies liegt zum großen Teil an der zunehmenden Schulbildung in Deutschland, an der mehr und mehr um sich greifenden staatsbürgerlichen Erziehung. Vor allem aber liegt der Grund in wirtschaftlichen und sozialen Erwägungen. Gerade hierdurch haben die Frauen ein berechtigtes Interesse daran bekommen, im öffentlichen Leben berücksichtigt zu werden und hier ist auf dem Gebiete der Armen- und Waisenpflege, der Fürsorge, der Gesundheits- und Säuglingspflege von der Reichs- und Landesverwaltung weitgehend Rechnung getragen worden. Der Antrag auf Einbringung des Reichstagsgesetzes wurde eine solche Veränderung unserer Verfassung in den grundlegenden Bestimmungen herbeiführen, daß die Folgen gar nicht zu übersehen wären. Aus diesem Grunde werden wir den Antrag auf Ueberweisung zur Kenntnisnahme ablehnen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Grasele (Kons.) begründet einen konservativen Antrag, die Petition durch den Uebertrag zur Tagesordnung zu erledigen.

Abg. Dr. Saas (Wp.) erklärt, daß die Stellungnahme seiner Partei in dieser Frage geteilt sei.

Abg. Dr. Arend (Wp.) beantragt, den Antrag der Kommission zur Kenntnisnahme zu überweisen.

Nach weiterer unerheblicher Debatte wird der Antrag Albrecht abgelehnt, im übrigen die Kommissionsbeschlüsse angenommen.

Die Petition des Männervereins zur Bekämpfung der öffentlichen Unsitlichkeit betreffend Aufnahme von Bestimmungen über polylagernde Sendungen in die Postordnung beantragt die Kommission zur Kenntnisnahme zu überweisen.

Ein Zentrumsantrag will die Petition dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überweisen.

Abg. Dr. Morcourt (Ztr.) begründet den

Antrag. Die Petition will die Postordnung dahin geändert wissen, daß postlagernde Briefe die volle Adresse des Empfängers zu tragen haben und nur gegen Vorzeigung einer Ausweisurkunde ausgehändigt werden dürfen. Der Schaden, insbesondere in fiktlicher Beziehung, der durch die Postlagernde in Sendungen, besonders für die Jugend, angerichtet wird, ist ungeheuer. Eine Reihe anderer Staaten, wie Belgien, Norwegen, Luxemburg, England und Frankreich haben aus sittlichen Gründen die Briefpost verboten. Da würde die Reichspostverwaltung sich ein Armutzeugnis ausstellen, wollte sie aus technischen oder anderen Gründen nicht in der Lage sein können, zu erreichen, was andere Staaten schon längst eingeführt haben. (Lebhafter Beifall im Zentrum und rechts.)

Die Petition wird der Kommission zur Berücksichtigung überwiesen. Eine weitere Petition betreffs der Verhängung des Militärverbots über Lokale wird nach kurzer unweilendlicher Debatte durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Die Ausübung des Wandergewerbes betr. liegen eine Reihe von Petitionen vor, von denen sich die einen für eine bedeutende Verschärfung der jetzt geltenden Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung aussprechen, während die anderen das Gegenteil vom dem wollen.

Gemäß dem Beschlusse der Kommission werden die Petitionen als Material überwiesen.

Schluß 6 Uhr.

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

CPC. Berlin, 13. Januar.

(2. Sitzung.)

Eröffnung: 10¼ Uhr.

Wahl des Präsidiums.

Auf Vorschlag des Abg. Frey v. Ledeburg (fr.) wird Graf Schwerin-Löwitz durch Rufus wieder zum ersten Präsidenten gewählt. (Beifall.) — Er nimmt die Wahl dankend an und bittet das Haus um tatkräftige Unterstützung.

Alsdann werden durch Rufus Abg. Dr. Porsch (Ztr.) zum ersten Vizepräsidenten und Abg. Dr. Krosche (natl.) zum zweiten Vizepräsidenten gewählt. Zu Schriftführern werden gewählt die Herren Abg. Schulze-Bellum (konf.), v. Wendt (l.), v. Bonin-Stornarm (fr.), v. Plottwell (fr.), Dr. Ködlich (natl.), Dr. Mugdan (Ztr.), von dem Sagen (Ztr.) und Nischert (Ztr.).

Erste Lesung des Etats.

Auf Vorschlag des Abg. v. Winkler (konf.) wird beschloffen, die Vespredung der Dienstverhältnisse derjenigen Beamtenklassen, für deren Verrichtung ein besonderer Gesetzentwurf angekündigt ist, aus der Generaldiskussion auszuschließen.

Abg. v. Winkler (konf.) bedauert die unglücklichen Ereignisse an der Ostsee und hofft von der Regierung möglichst reichliche und schnelle Hilfe. Weder mit der Restfertigung der Staatsregierung bei der Finanzangelegenheit im Reich während des letzten Jahres, noch mit der beschlossenen Billigung der Form der Mittel konnten wir uns einverstanden erklären. Wir wünschen auf das Entschiedenste, daß die direkten Steuern der Bundesstaaten erhalten bleiben sollen, und daß ein Ueberpreis der Reichsgebarung in die direkten Steuern zu vermeiden ist. Ferner sind wir gegen eine Verneuerung der Rechte des Reichstags auf Kosten der Einzelstaaten. Der provisorische Charakter der Steuerzufolge, die wir nicht für unbedingt notwendig halten, darf nicht verworfen werden. Wir werden bei Gelegenheit positive Vorschläge zur Verrichtung oder zur Herabsetzung machen. Wir wünschen Verminderung des Extrordinariums. Ueber die Verhandlungen mit dem Reichsverbande möchten wir Auskunft. Die Mehrzahl der für die Altpensionäre begründet wird, sind aber der Ansicht, daß diese Frage durch ein besonderes Gesetz geregelt wird. Bei der zweiten Lesung des Etats werden wir auf eine Regelung der Frage des Schutzes vor gemeingefährlichen Geisteskranken dringen. Die Schaffung von Arbeitsgelegenheit und die Förderung des Arbeitsnachweises scheint der richtige Weg zur Lösung der Arbeitslosenfrage, wir warnen aber vor der Einführung einer Arbeitslosenversicherung. Wir müssen Sorge tragen für die weitere Bekämpfung bei der Zulassung der ausländischen Studenten an unseren Universitäten, ferner für eine grundsätzliche Umänderung der Grundlagen des Volksschulwesens und eine Gleichstellung für Land- und Stadtschüler. Auch eine Erweiterung der inneren Kolonisation des Landes muß zur Steuerung der Landflucht angebahnt werden.

Ministerpräsident v. Bethmann-Hollweg: Die Frage der Arbeitslosenversicherung ist noch nicht spruchreif. Ihre praktische Durchführung durch das Reich hatte ich für absehbare Zeit für unmöglich. Gegenüber der Kritik des Vorredners an der Reichssteuergebarung rechtfertigt er die Stellung der Regierung, indem er einen Ueberblick gibt über die geschichtliche Entwicklung der Steuergebarung, die dann zu der Situation von 1913 geführt hat. Er betont, daß die Ablehnung der Erbschaftsteuern den Andrang an Reichssteuergebern verurteilt hat. Den einzigen Ausweg erblickt die verbündeten Regierungen in der Vorlage betreffend die Reichsvermögenswachstumssteuer. Die Annahme der Vorlage war gesichert und die Durchführung konnte und durfte nicht hinausgeschoben werden, deswegen haben sich die verbündeten Regierungen damit einverstanden erklärt. Schließlich im letzten Moment die Vermögenswachstumssteuer anzunehmen. Dies ist keineswegs aus Nachgiebigkeit gegen das Parlament geschehen, und auch haben sich die Regierungen keineswegs passiv verhalten. Auch die Beschlüsse im Interesse der Einzelstaaten diese Vermögenswachstumssteuer in jeder Beziehung.

Abg. Herold (Ztr.): Wir wünschen ebenfalls schnelle Hilfe mit Staatsmitteln für die schwergeschädigten Bewohner der Ostsee. Für Sinauschiebung der Kritik für die Abgabe der Vermögenswachstumssteuer zum Wehrbeitrag treten auch wir ein. Gegenüber den Ausführungen des Finanzministers haben wir Bedenken, daß die Erbschaftsteuer in dem Vermögenswachstumssteuergesetz enthalten ist. Im Jahre 1913 hat die Regierung zur Verteilung ihrer ursprünglichen Vorlagen außerordentlich wenig, ja nichts getan und nur auf die Mehrheit des Reichstages Rücksicht genommen. Der größte Teil meiner Fraktion stand auf dem Boden der Regierungsvorlage und stimmte erst für das Kompromiß, als man annehmen mußte, daß nunmehr die Besitztümer auf einem anderen Wege nicht mehr durchzuführen sei. Der größere Teil von uns hielt den von der Regierung vorgeschlagenen Weg, die Sache auf den Umweg über die Einzelstaaten zu machen, für den richtigen. In der Rede des Finanzministers habe ich eine Erklärung

vermehrt, daß auch eine weitere Ausdehnung der Erbschaftsteuer und der Vermögenswachstumssteuer künftig nicht eintreten solle. Bezüglich des § 24 der Ausführungsvorschriften zum Wehrbeitragsgesetz wünsche ich, daß dafür Sorge getragen werden möge, in der Auslegung der Schenkung nach gemeinem Werte nicht zu weit zu gehen. Mit Rücksicht auf die hohe Belastung durch den Wehrbeitrag hätten wir auch einen Verzicht der Steuerzufolge dringend gewünscht.

In den höheren Stellen werden die Katholiken immer noch zurückgesetzt. Hier muß unbedingt Wandel geschaffen werden. Der früher oft erhobene Einwand, daß nicht genügend katholische Bewerber zur Verfügung ständen, wird wohl heute nicht mehr im Ernst aufrechterhalten werden. Wenn wirklich einmal ein Katholik in eine höhere Stellung kommt, dann gehört er sicher dem Zentrum nicht an. Unsere günstige wirtschaftliche Entwicklung ist auf unsere Wirtschaftspolitik zurückzuführen. Darum sollte auch die preussische Regierung mit aller Energie für die Aufrechterhaltung dieses bewährten Wirtschaftssystems eintreten, und alle Stände sollten darin mitarbeiten. Dies geschieht schon zum Teil in der Vereinigung von Industrie, Mittelstand und Landwirtschaft in einem Jodert. Kartell der schaffenden Stände. Ich möchte nur wünschen, daß auch unsere christliche nationale Arbeiterpartei daran teilnimmt. (Beifall im Ztr.) In Bezug auf den Schuß der Arbeitswilligen werden wir keinen Maßnahmen zustimmen, die über die jetzige Gesetzgebung hinausgehen. Vor Vergewaltigungen gegenüber der Sozialdemokratie muß sich die christliche nationale Arbeiterpartei durch energisches Zusammengehen mit den Arbeitgebern zu schützen suchen. Es ist Aufgabe der Regierung, nachdem die letzte Vorlage für die Wahlreform nicht ohne ihre Schuld gefallen ist, ihrerseits eine neue Vorlage einzubringen. Dabei darf aber das bestehende Wahlrecht nicht verächtlich werden und die Drittelung in Wahlbezirken nicht aufgehoben werden. (Zehr richtig im Ztr.) Auch muß das geheime Wahlrecht vorgegeben sein. Die neuen Ausführungsanweisungen für das ländliche Wahlrecht sind in Ordnung. Die Wahlreform ist aber die Aufgabe der Reichsregierung, da wir besonders nach den Ausführungen des Landwirtschaftsministers erwarten, daß die Regierung den Gemeinden bei Einführung des obligatorischen Religionsunterrichts keinen Widerstand entgegenzusetzen würde. Wir wollen aber, ob die Regierung das Verbot der Religionsausübung an den obligatorischen Religionsunterricht scheitern lassen will. Auch der Bundesminister wird bald vor diese Frage gestellt werden bei der gewerblichen Arbeitslosenversicherung. Auch auf dem Gebiete der Volksschule will man den Einfluß der Kirche immer mehr ausschalten. Auf einen autokratischen Lehrstand, der auf positivem Boden steht, müssen wir Wert legen. Deshalb muß auch bei seiner Heranbildung die Geistlichkeit einen Einfluß auf die Seminarbildung haben. Unsere stärkste Forderung ist aber die Aufhebung des Jesuitengesetzes; sie verlangen wir mit Entschiedenheit und Nachdruck. (Beif. im Ztr.) Die Verhältnisse im Bundesrat liegen jetzt so, daß, wenn die preussischen Stimmen für die Aufhebung instruiert werden, die Majorität dafür vorhanden ist. Deswegen erheben wir auch hier die Forderung, daß der Ministerpräsident mit Energie für die Aufhebung dieses gescheiterten Ausnahmegesetzes gegen die Katholiken eintritt. (Beif. im Ztr.) Das Gesetz soll fallen, muß fallen, weil es die Staatsnotwendigkeit verlangt. Auch das Empfinden des evangelischen Volksteiles kann hier nicht in Frage kommen. Man rufe nur die Jesuiten zurück und man wird aus eigener Anschauung kennen lernen, wie unbegründet das Vorurteil war. Mit der Aufhebung wird sich der Ministerpräsident den Dank und die Anerkennung der Katholiken Deutschlands verdienen, und alle objektiven denkenden Andersgläubigen werden in der Aufhebung einen Akt der Gerechtigkeit erblicken, der nur dem Staatswohl zum Segen gereicht. (Leb. Beif. im Zentrum.)

Abg. Dr. Ködlich (natl.) ist der Ansicht, daß der Wehrbeitrag wie die Reichsvermögenswachstumssteuer ein Unikum bleiben müsse. Er fordert dann die Aufhebung der Steuerzufolge, gesetzliche Regelung der Beiträge der Altpensionäre, Gleichstellung der Lehrergehälter in Stadt und Land und Förderung der inneren Kolonisation. Wenn die Regierung Bedenken trage, mit einem Gesetz zum Schutze der Arbeitswilligen vorzugehen, so sollte sie wenigstens mit aller Energie geeignete Maßnahmen ergreifen zur Verrichtung der Missethäter. In der Frage der Arbeitslosenversicherung steht er der kommunalen Versicherung skeptisch, der staatlichen ablehnend gegenüber. (Beif. bei den Natl.) Zur Frage des preussischen Landtagswahlrechts lehnt er die Einführung des Reichstagswahlrechts nach wie vor grundsätzlich ab. Zum Schluß kommt er auf die Robener Angelegenheit zu sprechen, die auch Preußen als Bundesstaat interessiere. Die Hauptsache glaubt er der Zivilverwaltung zuweisen zu müssen.

Ministerpräsident v. Bethmann-Hollweg: Ich kann es nicht für zulässig anerkennen, daß mein Verhalten im Reichstag zu dieser Frage hier zum Gegenstand der Kritik gemacht wird. Auch die Haltung der Verwaltungsbehörden in Elberfeld-Vorbringen unterliegt nicht der Kritik dieses Hauses. In übrigen ist es eine ernste Sorge der Reichsleitung, wie solchen Vorgängen in Zukunft zu steuern ist. Bezüglich des Schutzes der Arbeitswilligen habe ich es abgelehnt, dies auf dem Wege des Ausnahmegesetzes zu erreichen, sondern auf dem Wege des gemeinen Rechts. Die Staatsregierung ist durchaus nicht der Ansicht, daß sie sich dem Parlament eine Wahlreform bringen lassen soll und sie wird die Initiative ergreifen, sobald sie den geeigneten Zeitpunkt für gekommen erachtet. Nebenfalls ist die Regierung der Ansicht, daß es nicht angebracht war, dem neugewählten Abgeordnetenhaus in seiner ersten Sitzung mit einer Vorlage zu kommen. Was die Braunschweig'sche Frage anlangt, so mögen die Welfen in Hannover schreiben und sagen, was sie wollen, an der Deutung dessen, was der jetzt regierende Herzog von Braunschweig gesagt und getan hat, können sie nichts ändern und nicht rütteln. Ich bin von dem Herzog ausdrücklich ermächtigt worden (hört, hört!), vor dem ganzen Lande festzustellen, daß jede Verurteilung auf den Herzog für eine Betätigung der Bestrebungen der deutsch-hannoverschen Partei nicht nur dem Willen Seiner königlichen Hoheit nicht entspricht, sondern diesem Willen direkt widerspricht (hört, hört!) und leb. Beif. (Beif. im Ztr.)

Abg. Herold (Ztr.): Ich möchte die Welfenpartei nach den 47 Jahren ihres Bestehens nicht gleich auflösen wird, ist verständlich, aber unsere Politik hat doch versichert gewirkt. Die unbeherrschbaren und agitatorischen Elemente darf man nicht übersehen, sie gefährden den preussischen Staat nicht. Auch für diese Männer wird der Tag kommen, an dem sie sehen, daß Hannover niemals vom preussischen Staat losgelöst wird. (Leb. Beif. im Ztr.)

Dienstag 10 Uhr: Fortsetzung.

lokales.

Limburg, 14. Januar.

— Kreis-Rassenärzte. Laut einer Bekanntmachung des Königl. Versicherungsamtes werden diejenigen Ärzte, welche die Rassenpraxis bei der Kreis-Krankenkasse übernehmen wollen, aufgefordert, sich bis spätestens Sonntag den 18. Jan. zu melden. Auch solche Ärzte, die nicht im Kreise Limburg wohnen, können sich melden und zur Rassenpraxis zugelassen werden.

— Treibeis. Infolge der starken Kälte der letzten Tage — heute früh zeigte das Thermometer — 6 Grad Celsius — führt die Bahn Treibeis. Die Motorboote mußten infolgedessen heute ihre Fahrten unterbrechen.

— Kolonialgesellschaft — Flottenverein. Abteilung bezw. Ortsgruppe Limburg. Der heutige Vortrag in der „Alten Post“ wird gemeinsam durch die Kolonialabteilung und durch die Ortsgruppe des Flottenvereins veranstaltet. Es haben somit die Mitglieder beider Gruppen freien Eintritt. Der Vortrag dürfte umso mehr aktuelles Interesse haben, als der Redner das Material seines Vortrages an Ort und Stelle gelegentlich einer Reise an den Panama-Kanal im Frühjahr 1913 selbst gesammelt hat. Er wird seinen Vortrag durch eine große Reihe sehr schöner Lichtbilder ergänzen. Da von dem Vortragenden auch die wichtigsten Handels- und politischen Interessen, die diese große Weltreise mit sich bringen dürfte, berührt werden, dürfte der Vortrag allgemeines Interesse hervorrufen. Ein Besuch des Vortrags sei deshalb empfohlen.

— Der Motor-Lokführer der Lokführer-Gesellschaft ist jetzt soweit fertiggestellt, daß mit den Probefahrten demnächst begonnen werden kann. Der Bau des Schiffes, der bereits im Juli 1912 beendet sein sollte, hat sich auf der Werft verzögert. Die Probefahrten sollen ein Jahr lang auf dem Rhein und dem Main stattfinden, um die Brauchbarkeit des Schiffes zu beweisen. Follen die Fahrten zur Zufriedenheit aus, dann dürfte in der Frage der Lokführer-Versicherung ein weiterer Schritt vorwärts getan sein.

— Jubiläum. Frau Kath. Reinhardt kann heute auf ein 25jähriges Bestehen ihres Stellenvermittlungsgeschäftes zurückblicken.

— Das Limburger Bach- und Schließ-Institut hat in der Zeit vom 1. Januar 1913 bis 1. Januar 1914 in 150 Fällen Sanstüren in 42 Fällen Fenster, in 156 Fällen Lagern relv. Geschäfte und Fabriken offen vorgefunden; ferner wurden in 14 Fällen Hausbewohnern die Türen geöffnet, in 62 Fällen Pferde, die sich losgerissen hatten, festgemacht; in 5 Fällen Pferde aus gefährlichen Lagen befreit, einmal Großfeuer gemeldet und in 2 Fällen Feuer im Entstehen entdeckt und gelöscht; ferner wurden zwei Tiere verendet und 6 Obdolose aus Grundstücken, wo sie sich unberechtigt aufhielten, ausgewiesen, in 12 Fällen wurden die Wasserleitungen offen vorgefunden und geschlossen.

Provinzielles.

— Mühlen, 13. Jan. Die am Sonntag im Saalbau Vöy abgehaltene Winterfestlichkeit des hiesigen Turnvereins hatte sich eines zahlreichen Besuches zu erfreuen. Die zur Aufführung gebrachten Theaterstücke wurden strotz gespielt, und die Spieler ernteten reichen Beifall; ebenso hat die Kapelle Langenberg-Limburg ihr Bestes zur Verschönerung der Feier beigebracht. Eine Verlosung von über 60 Gegenständen beschloß die gut verlaufene Feier.

— Gl., 13. Jan. In fortschreitender Entwicklung befindet sich der hiesige Vaterländische Frauenverein. Der Vorstand hatte am Sonntag nachmittag eine kleine Feier im Saale des Gastwirtes Joh. Sommer veranstaltet, wobei Rechnungsablage und Besprechung von Kindern mit allerlei schönen Sachen vorgenommen wurde. Ein Christbaum, der von einer Gönnerin des Vereins gestiftet war, wurde verlost und brachte der Vereinskasse einen schönen Erlös. Ein gemütliches Kaffeetrinken mit Bewirtung der Kinder trug dazu bei, daß die schönen Stunden zu schnell verließen. Die Vorsitzende des Vereins, Frau Dr. Jürgens, dankte zum Schluß allen, welche den Verein unterstützen und wünschte demselben auch in Zukunft ein weiteres segensreiches Wirken und Gedeihen.

— Lindenholzhäuser, 13. Jan. Am vergangen Sonntag hielt der hiesige katholische Arbeiterverein bei Gastwirt Simonis seine diesjährige Winterfestlichkeit bestehend in Christbaumverlosung und Ball ab. Der Vorsitzende d. s. Vereins Herr Pfarrer Schmidt eröffnete die Feier um 8 Uhr mit einer Ansprache, welche in ein Kaiserhoch ausklang. Sodann folgte die Verlosung.

— Hadamar, 11. Jan. Der hiesige Turnverein veranstaltet am Sonntag 18. d. M. abends 8 Uhr, im Saalbau Duchscherer seine diesjährige Kaisergeburtstagsfeier, verbunden mit dem 8. Stiftungsfest. Zum Ausklang gelangt Bier. Das Eintrittsgeld beträgt für Nichtmitglieder 30 Pfennig. — Der hiesige Kaufm. Verein beabsichtigt, in nächster Zeit allgemein interessierende Vorträge abhalten zu lassen u. a. über die Reichsversicherung (Hl. A. Krankefalle).

— Wersbach, 13. Jan. Der hiesige Gesangsverein „Robinn“ hat in seiner letzten Generalversammlung beschloffen, das 25jährige Jubiläum seines Bestehens am 28. und 29. Juni d. J. durch ein großes Sängerfest zu feiern. An die Brudervereine der Nachbarorte von Wersbach werden in Kürze Einladungen zu diesem Feste ergehen. Der Verein hat seit 21 Jahren kein größeres Fest mehr gefeiert.

— Wühlbach, 12. Jan. Die schon so lange schwebenden Verhandlungen wegen Erbauung einer Hochdruck-Wasserleitung sind nunmehr endgültig zum Abschluß gelangt. Nach einer nochmaligen gemeinschaftlichen Sitzung der beiden Gemeindevertretungen von Wühlbach und Dorchheim unter dem Vorsitz von Herrn Geh. Rat Büchting wurde die Errichtung eines Hochdruckbundes zwischen den beiden Gemeinden beschloffen, der die Erbauung der Wasserleitung übernimmt. Die ganze Leitung wird in drei Teilen erbaut. Erster Teil: Quellschaffung, Rohrleitung zum Hochbehälter, einschließlich Erbauung des letzteren. Diesen Teil übernimmt der Hochbehälter. Die Gemeinde Wühlbach bringt in diesen Teil das Wasser ein und werden ihr dafür 4000 Mark vorweg zu Gut anzurechnen. Der verbleibende Teil wird nach Rohgabel des von jeder Gemeinde verbrauchten Wassers auszuweisen. Zu diesem Zweck werden in den Hochbehälter zwei Wassermesser, für jede Gemeinde einen, eingebaut. Der zweite Teil der Leitung besteht in der Rohrleitung vom Hochbehälter einschließlich des Ortsnetzes für Wühlbach. Dieser Teil geht zu Lasten der Gemeinde Wühlbach. Der

dritte Teil: Rohrleitung einschließlich des Ortsnetzes von Dorchheim. Dieser Teil geht zu Lasten der Gemeinde Dorchheim. Alle bautechnischen Arbeiten werden durch das Kreisbauamt Limburg ausgeführt. Bei der Verhandlung sprach Herr Geh. Rat Büchting seine Anerkennung über die zu Stande gekommene Vereinbarung aus, indem er für größtmögliche Zufüsse aus öffentlichen Fonds zu sorgen versprach.

— Nüßheim, 13. Jan. Die hier abgehaltene Güterversteigerung der Erben des verstorbenen Herrn H. Engemann schloß mit einem guten Ergebnis ab. Für die Rute Weinbergsländ wurden 10—70,50 M. und für die Rute Ackerland 9 Mark angelegt. Für das Wohnhaus in der Stellerstraße wurden 7000 M. geboten, doch erfolgte kein Zuschlag. Der Gesamterlös aus dem Verkauf der Weinberge stellte sich auf rund 71 000 M., aus dem Verkauf von Ackerland auf rund 500 M.

— Sindlingen, 14. Jan. Dem Arbeiter Ferdinand Seicher aus Sindlingen, der am 24. April 1913 durch sein entschlossenes Eingreifen eine weibliche Person aus der Gefahr des Ertrinkens im Main gerettet hat, ist die Erinnerungsmedaille für Rettung aus Gefahr verliehen worden.

— Sanau, 13. Jan. Die Fortschrittliche Volkspartei stellte Professor Sillmann aus Frankfurt zum Kandidaten für den Reichstagswahlkreis Sanau-Belnhäusen-Orb auf.

Unfälle.

Offenbach (Dillkreis), 13. Jan. Samstag früh gegen 5 Uhr verunglückte der neunzehnjährige Bergmann Hermann Treib von hier, welcher auf der Grube „Rottland“ Nachschicht hatte, dadurch, daß er von einem Gerüst ca. 15 Meter abstürzte. Der Verunglückte zog sich schwere innere Verletzungen zu, besonders im Unterleib. Er wurde mittels Tragbahren nach seiner elterlichen Wohnung gebracht, wo er noch im Laufe des Nachmittags seinen schweren Verletzungen erlag.

Lüßeln, 13. Jan. In der verflochtenen Woche wurden einem Arbeiter bei der Bahn von Storch-Schöneberg die beiden Beine abgefahren. Der Mann lebt noch.

Saiger, 13. Jan. Samstag ereignete sich hier ein bedauerlicher Unglücksfall auf der neuen Bahnstrecke in der Nähe der Sana. Der bei der Bahn beschäftigte 17-jährige Albert Kember von Rodenbach wollte auf den in der Fahrt nach Rodenbach befindlichen Zug aufspringen, kam aber dabei zu Fall. Er wurde so überfahren, daß der eine Arm vom Körper getrennt wurde. Ferner wurde der Verunglückte am Kopf und einem Bein erheblich verletzt. Man brachte den Verunglückten zum hiesigen Krankenhaus. Mit dem nächsten Zug schaffte man ihn zur Klinik nach Sieben. Auf dem Transport in der Nähe Ehringhausen ist er dann von seinen Schmerzen durch den Tod erlöst worden.

— Kleine nationale Schenk. Bei einer im Walddistrikt Webersdorf bei Dillenburg abgehaltenen Kreistagswahl wurde von Stadtschreiber Schneider ein in unserer Gegend seltenes Stild Bild, nämlich ein lapidarer Stild zur Strecke gebracht. — Der Gesangsverein „Eintracht“ in Gravenet hat beschloffen, am 5. und 6. Juli d. J. sein 25jähriges Bestehen zu feiern. — Der seit Neujaahr von Diez verschwundene Schreibeheile Sandow ist in Mannheim ermittelt und seinen in Michelbach wohnenden Eltern von der Polizei wieder zugeführt worden. — Ein fremder Arbeiter hatte an einem Abend in verflochtener Woche in einer Wirtschaft in Rodenhausen (Unterwiesemold) dermaßen getrunken, daß er im Krankenhaus zu Selters an Alkoholvergiftung gestorben ist.

Gesellschaftliches.

X Limburg, 12. Jan. Straßamertigung. 1. Von der Anlage der Untere freigegebenen wurde der Schmiedemeister Karl M. aus Ellof. — 2. Das Schöffengericht in W. hatte den Händler Wilhelm M. aus Dorchheim wegen Verstoßes des Polizeigewaltens D. aus Rodenbach zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt. Die von M. hiergegen eingelegte Verurteilung wurde heute verworfen. — 3. Der Weiser Karl A. von Kleinaltenbach war vom Schöffengericht Wehlar von der Anklage des Hausfriedensbruchs freigesprochen worden. Auf die Verurteilung der Amtsanwaltin wurde M. heute zu 5 M. Geldstrafe verurteilt. — 4. Der Landmann Georg J. und dessen Schwester Margareta aus Ellof hatten den dortigen Bürgermeister und den Pfarrer beleidigt und waren deshalb vom Schöffengericht in Rodenbach zu 20 bzw. 15 M. Geldstrafe verurteilt worden. Beide legten Verurteilung ein. Die Margareta J. zog ihre Berufung zurück, die des Georg J. wurde verworfen.

We. Wiesbaden, 13. Jan. Vor dem Schwurgericht erlitten heute die 53 Jahre alte Ehefrau des Ritters Julius Müller in Cambera und ihre 20 Jahre alte Tochter Auguste, um sich auf die Verlosung der Falschung öffentlicher Urkunden, sowie des Betrugs zu verantworten. Mutter und Tochter sollen, um eine Zwangsversteigerung abzumenden, zwei Falschungen gefälscht haben. Die Angeklagten stellten jede Schuld in Abrede. Das Urteil nahm die Ehefrau unter Ausbittung von mildertenden Umständen in 4 Monate Gefängnis, während bezüglich des Mädchens ein Freispruch erging.

Dopf-Prozess (2. Tag).

* Frankfurt, 13. Jan. In der heutigen Verhandlung gegen den Giftmörder Dopf wurde zunächst der Kriminalinspektor v. Salomon über die Verhaftung und die erste Vernehmung des Angeklagten vernommen. In dem damaligen Bericht gab Dopf zu, er habe sich vor der Verhaftung den Plan gefasst, seine dritte Frau hoch zu verheiraten und dann durch Gift zu töten. Später berichtete er seine Absicht dahin, daß er den Plan zur Tötung erst nach der Hochzeit gefaßt habe. Heute verweigert S. die Aussage über diesen Punkt. Auch dem heute vernommenen Untersuchungsrichter Dr. M. H. H. gegenüber hat Dopf sein Geständnis aufrecht erhalten. Anßerdem werden noch eine Reihe weiterer Aussagen über die Verhaftung der Frauen des Angeklagten etc. vernommen.

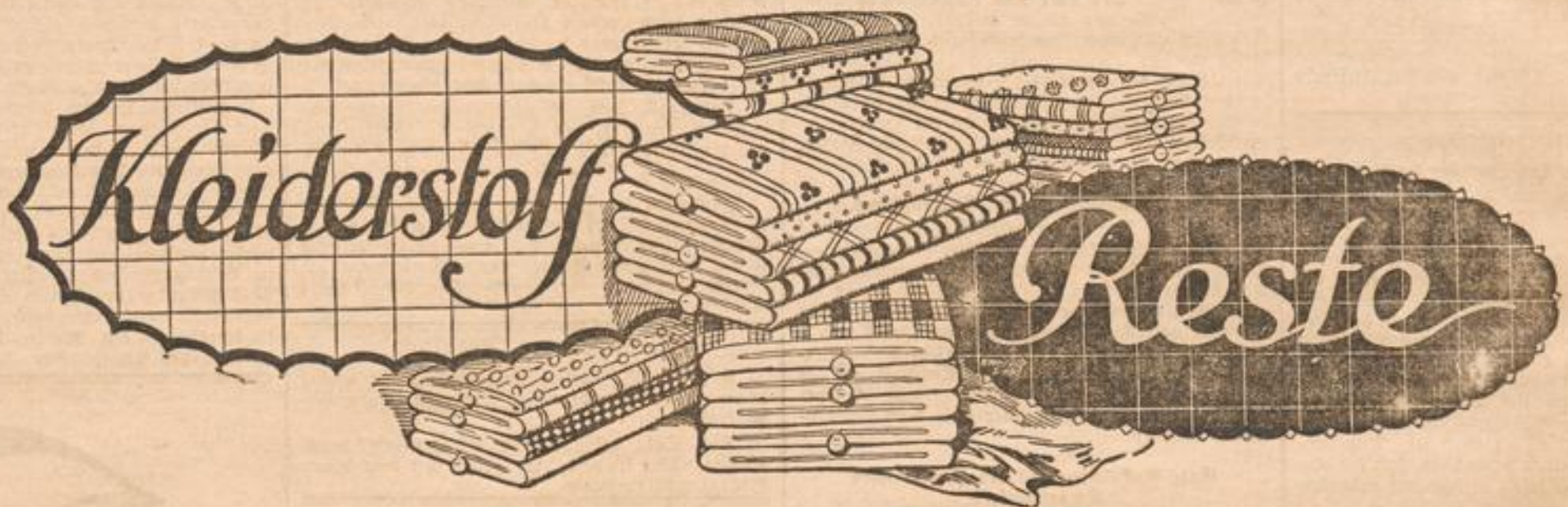
Kirchliches.

O Dellenhahn (Wetterwald), 13. Jan. Am Weihnachtsfest konnten wir in unserem Gotteshaus zum ersten Male eine neue prächtige Anspiel bewundern, die unsern Gotteshaus zur Herrlichkeit gereicht. Auch war der Altar — eine Seitenfigur für die hiesige Gegend — reich mit lebenden Blumen geschmückt. Ein neues Krippchen, dessen Anstellung wir unsern Herrn Pfarrer verdanken, wurde ebenfalls viel bewundert. Der ergreifende Kirchen-

Als 2. Angebot in unserem diesjährigen

Inventur-Ausverkauf

bringen wir einen enorm grossen Posten



Es handelt sich hierbei um reguläre moderne Stoffe, die wir, um unser Lager zu verkleinern, zu nachstehenden

fabelhaft billigen Serien

ab heute Mitwoch in den Verkauf bringen

Serie 0

Diese Serie enthält

gute Velours in mod. Kinder-Schotten und Blusenstreifen, sowie doppelbreite halbwoollene Rockstoffe, gestreift und kariert

jeder Meter jetzt

28 Pfg.

Wert das Doppelte.

Serie I

Diese Serie enthält

Cheviots in großem Farbensortiment und Schotten in doppelter Breite, sowie allerfeinste Velour-Qualitäten

jeder Meter jetzt

48 Pfg.

Wert das Doppelte.

Serie II

Diese Serie enthält

Reinwoollene Cheviots in 110 cm breit, Costümstoffe in mod. Farbtönen, mod. Kleider-Schott u. Alpaccas m. schön. Nadelstreifen

jeder Meter jetzt

95 Pfg.

Wert das Doppelte.

Serie III

Diese Serie enthält

Costümstoffe, 130 cm br., 110 cm breite Cheviots mit modern. Nadelstreifen, 110 cm breite Popeline in allen modernen Farben, sowie die apartesten Neuheiten in Blusenstreif.

jeder Meter jetzt

1.45 Mk.

Wert das Doppelte.

Serie IV

Diese Serie enthält

Reinwoollene Cotelé's, 130 cm breite Costümstoffe in englischem Geschmack, hochmod. Rockstoffe, kariert u. gestreift, sow. reinwoollene Crepons in allen mod. uni Farben

jeder Meter jetzt

1.95 Mk.

Wert das Doppelte.

Ein großer Posten **Blusen-Seide** **95** Pfg.
moderne Schotten und Streifen, sowie einfarbig, jeder Meter zum Aussuchen

Beachten Sie gest. unsere Schaufenster
die sämtlich mit Inventur-Preisen versehen sind.

Warenhaus Geschw. Mayer, Limburg.

Nachruf.

Am 12. Januar 1914 verschied nach langem, schweren Leiden
unser hochverehrter Chef

Herr Kaufmann u. Beigeordneter

Hermann Jos. Schmidt

Inhaber der Firma Joseph Schmidt.

Wir verlieren in dem Entschlafenen, der uns durch seine hervorragenden, kaufmännischen Fähigkeiten ein leuchtendes Vorbild und treu-besorgter, väterlicher Berater war, einen gerechten und wohlwollenden Vorgesetzten, dessen Tod wir mit tiefstem Schmerz beklagen.

In treuer Dankbarkeit werden wir sein Andenken hoch in Ehren halten.

Limburg, den 14. Januar 1914.

Das Personal
der Firma Joseph Schmidt.

Bekannt für gute Qualitäten.

Barchent und Bettfedern

grösste Auswahl jede Preislage.

Wilhelm Lehnard senior

Kornmarkt.

Holzversteigerung.

Montag, den 19. Januar, vormittags 10 Uhr
anfangend,

kommen im Kirberger Gemeindevald, Distrikt Berg
25 Alm. Eichen, Scheit und Knüppel,
663 Alm. Buchen-Scheit,
340 Alm. Buchen-Knüttel,
4780 Stüd Buchen-Wellen
zur Versteigerung.

Kirberg, den 13. Januar 1914.

1254

Großmann, Bürgermeister.

Versteigerung einer Mühle.

Am 27. Februar 1914, vorm. 9^u, soll auf dem
Gemeindezimmer in Steinberg, Kreis Unterlahn, die
Mühle nebst allem Viejen- und Ackerland des Mühlen-
besizers **Wilhelm Schmidt** zu Ruppach zwangsweise
durch das Amtsgericht Diez auf Antrag der Konturver-
waltung versteigert werden. Die Mühle ist vollständig
neu eingerichtet. Mit derselben wurde ein gutgehendes
Büchergeschäft betrieben. Das Anwesen liegt etwa 4 km
von der Eisenbahnstation Laurenburg.

1255

Die Konturverwaltung.

Der Deutsche Flotten-Verein

Arbeitsgruppe Limburg

veranstaltet heute Abend 8^u Uhr im großen Saale der
„Alten Post“ (gemeinsam mit der hiesigen Kolonial-
gesellschaft) einen Vortragsabend mit Lichtbildern.
Herr Oberst a. D. Splinter, Wiesbaden, wird über den
„Panama-Kanal 1913“ reden. Alle Mitglieder und
Freunde des Vereins ladet ergebenst ein.

Der Vorstand.

Zwei frächtige

1252

Mädchen

vom Lande für alle Haus-
arbeit sofort gesucht bei
gutem Lohn.

Kath. Gesellenhaus,
Köln, Josefstr. 17, 19.